

Grenzüberschreitungen hinter den Außengrenzen

Eine kritische Analyse der finanziellen Unterstützung von
Grenzschutzmaßnahmen in Tunesien und Libyen durch die EU



In den letzten Jahren haben die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten verstärkt versucht, Migrant*innen und Asylsuchende von ihren Grenzen fernzuhalten. Eine Strategie zur Erreichung dieses Ziels ist die Finanzierung von Programmen für die Küstenwache und Grenzpolizei von Drittländern, wie derzeit in Libyen und Tunesien praktiziert.

Diese Programme – finanziert über den EU-Notfall-Treuhandfonds (EUTF) für Afrika und das Instrument „NDICI/Europa in der Welt“ – stellen Mittel für die Ausbildung und Ausrüstung von Behörden bereit, einschließlich der Lieferung und Instandhaltung von Gerät. NRO, Aktivist*innen und internationale Organisationen haben umfangreiches Material zusammengetragen, das die Beteiligung der libyschen und tunesischen Behörden an schweren Menschenrechtsverstößen belegt; Libyen werden dabei Verbrechen gegen die Menschlichkeit und schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen. Seenotrettungsorganisationen haben Fälle dokumentiert, in denen tunesische und libysche Beamt*innen mit von Italien und der EU geförderten Schiffen direkt an Gewalttaten gegen Menschen in Not beteiligt waren, insbesondere bei Abfangoperationen auf See, die Bestandteil der programmspezifischen Maßnahmen sind.

Die Studie will Antwort auf folgende Fragen geben:

Wie ist der Stand der EU-Finanzierung für Programme in Libyen und Tunesien zum Kapazitätsausbau im Bereich Grenzschutz?

Wie wirken sich diese Initiativen auf die Menschenrechtsslage aus?

Wie sieht der Rahmen für die Achtung von Menschenrechten aus?

Wie funktionieren die Entscheidungsprozesse des Instruments „NDICI/Europa in der Welt“?

Der Bericht hebt hervor, dass die Mängel bei der Einhaltung von Menschenrechten im Rahmen von Grenzschutzprogrammen in Verbindung mit einem Mangel an echter Transparenz eindeutig gegen EU- und Völkerrecht verstoßen. Dies führt zu einer unzureichenden Berücksichtigung des Risikos von Menschenrechtsverstößen bei der Zuweisung von Mitteln für laufende und neue Programme.

Besonders besorgniserregend ist dies in Tunesien und Libyen. Der Bericht präsentiert Belege dafür, dass die aktuellen Strategien in diesen Ländern – unabhängig davon, ob mit ihnen die fragwürdigen Ziele der Reduzierung der Flüchtlingsströme erreicht werden – sehr schwerwiegende Auswirkungen auf die Menschenrechte von Migrant*innen, Asylsuchenden und Geflüchteten haben.

Situation in Tunesien und Libyen

Die Hauptbegünstigten der EU-Mittel für Grenzschutzmaßnahmen sind die libyschen und tunesischen Behörden. Schon seit Beginn der Zusammenarbeit mit den beiden Ländern waren Fälle von systematischem Gewalteinsatz der entsprechenden Behörden bekannt, wo diese im Rahmen der Durchführung programmspezifischer Aufgaben an Menschenrechtsverstößen beteiligt waren. So gibt es Belege für weit verbreitetes gewalttätiges und kriminelles Handeln, insbesondere im Zusammenhang mit Abfangoperationen auf See, was zu Pushbacks von Migrant*innen und Asylsuchenden in Tunesien und Libyen führt. Dies stellt einen Verstoß gegen das in der Genfer Konvention verankerte Gebot der Nichtzurückweisung dar, da Libyen und Tunesien nicht als „sichere Länder“ für Geflüchtete angesehen werden können. Diese Praxis widerspricht aber auch EU-Recht, denn die EU ist verpflichtet, auch wenn sie jenseits ihrer Grenzen tätig ist, ihre Mittel im Einklang mit den Menschenrechtsstandards einzusetzen – so schreiben es die Verträge und die Verordnung zu „NDICI/Europa in der Welt“ vor.

In Tunesien umfassen die Übergriffe physische Gewalt (Berichte über Küstenwachen, die Schlagstöcke aus Holz/Metall oder Tränengas gegen Migrant*innen einsetzen), den Einsatz von Schusswaffen (Schüsse werden oft in die Luft oder auf Bootsmotoren abgegeben, was zu Panik und potenziellen Havarien führt), das Entfernen von Motoren und Kollisionen (zwischen Küstenwachen mit ihren stark motorisierten Booten und Booten von Geflüchteten, die dadurch oft sinken).

In Libyen dokumentierten die Vereinten Nationen Absprachen der libyschen Behörde zur Bekämpfung illegaler Migration (DCIM) und der sogenannten libyschen Küstenwache mit Milizen und Schleusenden in Zusammenhang mit Abfangen und Freiheitsentzug von Migrant*innen, Versklavung, Zwangsarbeit, Inhaftierung, Erpressung und Schmuggel.

Mangelnde Transparenz und Verantwortlichkeit

Die Studie analysiert außerdem die mangelnde Achtung der Menschenrechte durch die EU, die Undurchsichtigkeit bei der Entscheidungsfindung und die fehlende Transparenz – all dies erschwert ein Verständnis dafür, wie die EU ihre Mittel vergibt und ihre Zusagen einhält. Infolgedessen wird die Aufsichtsfunktion der Mitglieder des Europäischen Parlaments ebenso geschwächt wie die Bemühungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für den Schutz der Menschenrechte und demokratische Standards einsetzen.

Empfehlungen

Die folgenden Empfehlungen unterstreichen die dringende Notwendigkeit, die Übernahme von Verantwortung für Menschenrechte und die Transparenz von EU-geförderten Grenzschutzprogrammen in Drittländern zu verbessern.

Menschenrechte haben Vorrang

Bevor ein neues Programm aufgelegt wird, muss eine umfassende Bewertung der Menschenrechtssituation in Tunesien und Libyen erfolgen. Solange die Situation vor Ort nicht berücksichtigt wird, sollten keine weiteren Mittel zugewiesen oder ausgezahlt werden.

Aufmerksam bleiben

Kontinuierliche Kontrollen sind unerlässlich. Laufende Programme müssen rechtzeitig und regelmäßig auf ihre Menschenrechtssituation hin überprüft werden, Anpassungen zeitnah stattfinden und Programme ausgesetzt werden, wenn Menschenrechtsverstöße stattfinden.

Den Stimmlosen eine Stimme geben

Konstruktive Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen ist entscheidend. Einblicke von der Basis und die direkte Vertretung der Betroffenen sollten nicht nur ein Nebenaspekt sein. Sie sind von zentraler Bedeutung für fundierte Entscheidungen.

Licht ins Dunkel bringen

EU-Bürger*innen verdienen Transparenz – sie haben ein Recht darauf zu erfahren, was die EU mit ihrem Geld macht. Klare, zugängliche Informationen über Programme und deren Umsetzung schaffen Vertrauen und Verantwortlichkeit.

Demokratie in Aktion

Das Europäische Parlament muss bei der Planung und Überwachung dieser Programme eine Schlüsselrolle spielen. Mehr Aufmerksamkeit, mehr Demokratie, mehr Rückversicherung dafür, dass Menschenrechte nicht nur ein Schlagwort sind.